

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Prinzipien der Außenpolitik Deng Xiaopings

Im Zusammenhang mit dem Tod Deng Xiaopings im Februar 1997 erschienen zahlreiche Kommentare und Betrachtungen, die das Wirken des Verstorbenen würdigten. Auch das "Institut für Zeitgenössische Internationale Beziehungen", das vor allem in der Ära Dengs zum eigentlichen "Denktank" der Regierung in außenpolitischen Fragen aufgerückt war, brachte, aus der Feder seines Stellvertretenden Direktors Yu Xiaoqi einen Artikel, der das "globale strategische Denken Deng Xiaopings" zusammenfaßte (und zwar in Band VII) (April, Nr.4, 1997).

Die Außenpolitik des "Chefarchitekten der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik" werden hier auf 5 Punkte gebracht: (1) "Ein neuer Weltkrieg ist vermeidbar", (2) "Friede und Entwicklung sind die beiden Hauptprobleme in der heutigen Welt", wobei "Friede" das Hauptproblem in den Ost-West-, "Entwicklung" aber das Hauptproblem in den Nord-Süd-Beziehungen sei. Während in der Vergangenheit die Frage von Krieg und Frieden häufig unter politischen oder diplomatischen Perspektiven angegangen worden sei, habe Deng Xiaoping einen engen Bezug zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Stabilität in der Welt hergestellt. Stabilität wird damit zur Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, so wie umgekehrt Wachstum Voraussetzung für Sicherheit und Ordnung ist.

Aus diesem Grund gelte es, (3) eine "Neue internationale politische und wirtschaftliche Ordnung" herzustellen. Die Neue politische Ordnung sei auf der Grundlage der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz", die Neue wirtschaftliche Ordnung auf der Grundlage verbesserter Nord-Süd-, Süd-Süd- und regionaler sowie subregionaler Zusam-

menarbeit herbeizuführen. Hierbei gelte es, politische Hegemonien und wirtschaftliche Monopole zu bekämpfen.

(4) "Das oberste Augenmerk soll stets der nationalen Souveränität und Sicherheit gewidmet werden". Wer Menschenrechte fordere, dürfe auch Staatsrechte nicht vergessen, und wer von Menschenwürde spreche, müsse auch die nationale Würde stets im Auge behalten. Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sei die Hauptsünde gegen dieses Gebot, das von China vor allem vor dem Hintergrund einer langen "halbkolonialen Erfahrung" hochgehalten werde.

(5) "China ist von besonderer Bedeutung für den Weltfrieden und die Sicherheit der Welt". Je gesünder sich China entwickelt, umso günstiger sei dies auch für den Weltfrieden - und umgekehrt: Instabilität wäre nicht nur ein Unglück für die Volksrepublik, sondern beispielsweise auch für die USA. Die Welt sollte sich also wünschen, daß China kein Sozialfall wird, sondern sich gedeihlich entwickelt.

Zum Schluß werden die Grundprinzipien Deng Xiaopings mit denen Mao Zedongs verglichen. Hierbei ergeben sich zunächst fünf Gemeinsamkeiten: (a) nationale Souveränität und Sicherheit stehen an erster Stelle, (b) "Unabhängigkeit" der Außenpolitik (China will weder eine Führungsrolle, z.B. in der Dritten Welt, übernehmen, noch sich der Führung eines anderen unterstellen), (c) Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, (d) Theorie der "Drei Welten". Ganz im Gegensatz zur Zweilager-Theorie der unmittelbaren Nachkriegszeit hat China schnell ein eher multipolares Bezugssystem entwickelt, und zwar während der 60er Jahre in Form der Zwischenzonen - während der 70er Jahren aber in Form der "Drei Welten"-Theorie. Der Nord-Süd- und der Süd-Süd-Aspekt hat in der chinesischen Außenpolitik neben dem Ost-West-Bezug immer eine wichtige Rolle gespielt. China bekennt sich heutzutage zur Dritten Welt und ist entschlossen, mit der Dritten Welt auch dann eng zusammenzuarbeiten, wenn es sich eines Tages wirtschaftlich in die Zweite Welt

hinaufgearbeitet haben sollte. Gleichzeitig wird es gegen das Vormachtstreben derjenigen kämpfen, die sich durch hegemoniale Ambitionen als Mitglieder einer Ersten Welt demaskieren. (e) "Friede und Entwicklung" (hier läßt Yu Inkonsequenzen erkennen; es geht doch wohl nicht an, daß Mao Zedong, der den Weltkrieg ja für unvermeidlich erklärt hatte, hier mit Deng Xiaoping auf eine Stufe gestellt wird! In der Tat widersprechen sich hier Yus eigene Ausführungen, sobald er auf die Unterschiede zwischen Deng und Mao zu sprechen kommt:)

Die Unterschiede zwischen Mao und Deng lassen sich auf zwei Punkte bringen: Da ist zum einen (a) ein Unterschied im Denkansatz: Während Mao Zedong hauptsächlich in Kategorien der "Revolution", der "Krisen" und der "Widersprüche" dachte sowie der Parole "Revolution und Entwicklung" den Vorzug gab, betonte Deng Xiaoping mehr den "Frieden", die "Entwicklung" und die "Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Zurückstellung der Unterschiede". Daher standen bei ihm auch nicht "Revolution und Entwicklung", sondern "Friede und Entwicklung" im Vordergrund. Aus dem gleichen Grund vertrat er die These von der Vermeidbarkeit eines neuen Weltkriegs, initiierte die Demobilisierung von Millionen von Soldaten, beendigte die sino-sowjetische Konfrontation und strebte vor allem nach einem verbesserten Verhältnis zwischen China und seinen asiatischen Nachbarn.

Kein Wunder, daß (b) auch die praktische Außenpolitik der beiden Protagonisten höchst unterschiedlich ausfiel. Im Zeitalter des Maoismus war Chinas Außenpolitik zuerst durch Parolen wie "Hinlehnen zu einer Seite" (nämlich der Sowjetunion) und später durch Losungen wie "Kampf gegen den US-Imperialismus, gegen die Sowjetrevisionisten und gegen die Reaktionäre aller Länder", "Aufbau einer antihegemonistischen vereinten Front" etc. gekennzeichnet, während die Außenpolitik der Reformen unter Deng Xiaoping einen nach allen Seiten hin offenen Charakter annahm und nicht den internationalen Klassenkampf, sondern das ständige Gespräch (d.h. die "Konsultation") bevorzugte. Anstelle des Isolationismus trat die "Öffnung der Türen".

Chinas "dritte Führungsgeneration" hat, wie Jiang Zemin bei den Trauerfeierlichkeiten für Deng Xiaoping hervorhob (RMRB, 26.2.97), die Lehren Deng Xiaopings zum Kodex ihrer künftigen Außenpolitik erhoben. -we-

*(2)

Mißtrauen gegen die USA bleibt bestehen

Obwohl es in den vergangenen Monaten zu einem intensiven Gesprächsaustausch zwischen chinesischen und amerikanischen Spitzenpolitikern gekommen ist, bleibt Beijing doch nach wie vor mißtrauisch.

Am 24.11.96 trafen sich Jiang Zemin und Clinton am Rande der APEC-Konferenz in Manila. Dabei wurden wechselseitige Staatsbesuche im Zeitraum 1997/98 vereinbart (näheres dazu C.a., 1996/12, Ü 3).

Am 24. Februar nahm die neue amerikanische Außenministerin Madeleine Albright an den Trauerfeierlichkeiten für Deng Xiaoping in Beijing teil und führte Gespräche mit Außenminister Qian Qichen, mit Ministerpräsident Li Peng und mit Staatschef Jiang Zemin (dazu C.a., 1997/2, Ü 1).

Am 24. März schließlich traf der amerikanische Vizepräsident Al Gore zu einem viertägigen offiziellen Besuch in Beijing ein, wobei es, wie von chinesischer Seite immer wieder betont wurde, zu konstruktiven Gesprächen kam. Den Interessen Al Gores entsprechend wurde auch eine engere chinesisch-amerikanische Kooperation in Umweltfragen vereinbart, u.a. fand am 25. März ein "Chinesisch-amerikanisches Forum über Umwelt und Entwicklung" statt.

Am 30. April kam der chinesische Außenminister Qian Qichen für drei Tage nach Washington und traf dort u.a. auch mit Präsident Clinton zusammen (XNA, 2.5.97).

Was die Chinesen irritiert, ist nicht nur die amerikanische Haltung zu gewissen Grundfragen (wie Menschenrechten oder Taiwan), sondern fast mehr noch die Art und Weise, wie sich die China-Politik der USA äußert. Man wird in Beijing den Verdacht nicht los, die USA sprächen mit mehreren Zungen. Besonders typisch hierfür waren die fast gleichzeitigen Besuche des Vizepräsidenten Al Gore und des Sprechers des US-Repräsentantenhauses Newt Gingrich in der VR China. Während Al Gore betonte, daß die chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf der Basis der "Drei chinesisch-amerikanischen Kommuniqués" gestaltet werden müßten, daß die USA eine "Ein-China-Politik" betreiben und außerdem die VR China beim Eintritt in die WTO unter-

stützen wollten - Äußerungen, über die sich Beijing durchwegs zufrieden zeigte -, hatte Gingrich bei seinem Besuch in Beijing zwar ebenfalls die "Ein-China-Politik" der USA bekräftigt, bei seiner anschließenden Visite in Taiwan jedoch zwei Kommentare abgegeben, die nicht nur in Beijing, sondern z.T. auch in Washington Befremden hervorriefen: er bezeichnete nämlich Taiwan als "Modell für China und die Welt", sicherte den Taiwanesen aber vor allem die militärische Unterstützung Washingtons für den Fall zu, daß sie angegriffen werden sollten. Insbesondere die letztere Bemerkung wurde auch in Washington erstaunt zur Kenntnis genommen, da es spätestens seit 1979 keine Verteidigungsverpflichtungen der USA gegenüber Taiwan mehr gibt.

Bei seinem Besuch Ende April in Washington bat Außenminister Qian Qichen darum, daß widersprüchliches Erklärungsverhalten, wie es in diesem Zusammenhang aufgetaucht war, in Zukunft doch besser zu vermeiden sei. Beide Seiten sollten bei der Gestaltung ihrer gegenseitigen Beziehungen immer schon die Entwicklungen im 21. Jh. gedanklich vorwegnehmen. Erst bei einer solchen langfristigen Betrachtungsweise ließen sich kurzfristige Ausrutscher vermeiden (XNA, 1.5.97).

Auch Staats- und Parteichef Jiang Zemin schlug drei neue Prinzipien für das sino-amerikanische Verhältnis vor: Bei allen Aktionen solle (1) das Gemeinsame zwischen beiden Ländern im Vordergrund stehen, (2) die langfristige Entwicklung bis weit ins 21. Jh. hinein bereits mitbedacht und (3) die Taiwanfrage - das Hauptproblem zwischen beiden Staaten! - stets auf der Grundlage der "Drei gemeinsamen Kommuniqués" behandelt werden (*Hsin Pao*, Hongkong, in SWB, 29.4.97).

Scharf protestiert hat ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 16. April gegen die von seiten der USA erneut geäußerte Absicht, bei den 1992 gefaßten Beschlüssen zu bleiben und an Taiwan 150 F-16-Kampfflugzeuge zu verkaufen. Dieser Schritt stelle eine direkte Verletzung der "Drei gemeinsamen Kommuniqués" dar (XNA, 17.4.97).

Gleichsam als Trostpflaster gab Clinton am 19. Mai bekannt, daß die Meistbegünstigungsklausel für China um ein weiteres Jahr verlängert werde.

Dieses ewige Hin und Her widerlegt einen Leitartikel der *Straits Times* vom 26.3.97, demzufolge die USA und China angeblich "ready to tango" seien. -we-

*(3)

Streit mit China über ein Öl- und Gasfeld im Golf von Tongking

Vietnam und China sind Länder, deren Volkswirtschaften im Zeichen stalinistischer Fünfjahrespläne bis in die 80er Jahre hinein weit unter ihrem Leistungsvermögen gearbeitet haben, die dann aber sukzessive auf einen marktwirtschaftlichen Kurs umgestiegen sind und seitdem Jahrzehnte des Versäumten in wenigen Jahren nachholen wollen, wobei sie jährliche Zuwachsraten um die 10% schreiben.

Kein Wunder, daß angesichts dieses sprunghaften Wachstums auch der Energiebedarf rasend schnell zunimmt und daß deshalb u.a. auch ein Rennen auf die noch unerschlossenen Öl- und Gasfelder im Bereich des Südchinesischen Meers und des Golfs von Tongking begonnen hat. Dabei kommt es, trotz der "Normalisierung", die zwischen beiden Seiten seit 1991 eingesetzt hat, immer wieder zum Ausbruch offener Streitigkeiten, so zuletzt wieder am 7.3.97, als die chinesische Seite ihre Ölplattform Kantan III in einem Meeresareal unweit der zentralvietnamesischen Stadt Da Nang verankerte, das auch von den Vietnamesen beansprucht wird, und zwar unter der Bezeichnung "Block 113".

Der Zwischenfall gilt mittlerweile als der schwerste seit Beginn der vietnamesisch-chinesischen Normalisierung im Jahre 1991.

Das vietnamesische Außenministerium reichte am 10. März bei der chinesischen Botschaft in Hanoi ein Protestschreiben ein und forderte die chinesische Seite auf, die Ölplattform unverzüglich aus der "vietnamesischen Region" wieder zurückzuziehen und dafür zu sorgen, daß sich ähnliche Vorfälle in Zukunft nicht wieder ereigneten (IHT, 6.4.97).

China wies diesen Protest zurück, indem es die Operation der Ölbohrinsel als "normale Bohrtätigkeit" bezeichnete, die sich noch dazu auf chinesischem Hoheitsgebiet ereigne (RH in SWB, 19.3.97).

Aus vietnamesischer Sicht ist das chinesische Vorgehen umso unerträglicher, als das umstrittene Gebiet unweit der Paracel-Inseln liegt, die China dem früheren Südvietnam i.J. 1974 gewaltsam entrissen hat und seither besetzt hält.

Die alte Frage, wer Souveränität über die ölreichen Seegebiete hat, die von den Chinesen "Südchinesisches Meer", von den Vietnamesen aber "Östliches Meer" genannt werden, taucht damit erneut auf. Die Vietnamesen stehen auf dem Standpunkt, es handle sich hier um einen Bereich, der - nur 64,5 Seemeilen von der vietnamesischen Küste entfernt - sowohl zum vietnamesischen Kontinentalschelf als auch zur "ausschließlichen Wirtschaftszone" Vietnams gehöre, in dem chinesische Ölschiffe nichts zu suchen hätten.

Beijing dagegen brachte erneut sein bekanntes Argument auf den Tisch, daß aus historischen Gründen (China habe als erster Staat das einst herrenlose Gebiet besetzt) das ganze Südchinesische Meer - und deshalb auch der umstrittene Abschnitt - ohne Zweifel der chinesischen Souveränität unterstehe: das betreffende Gebiet liege ja auch nur 71 Seemeilen südlich der chinesischen Inselprovinz Hainan.

China bietet den Vietnamesen - ungeachtet der Eigentumsfrage - einen "Produktionsteilungsvertrag" an, doch will sich weder der Staat Vietnam, noch die staatliche Firma Petrovietnam, auf ein solches Angebot einlassen: Wie könne China, das sich ganz und gar ohne Berechtigung auf vietnamesischem Hoheitsgebiet festgesetzt habe, nun auch noch die Stirn besitzen, dem Souverän und Eigentümer einen "Produktionsteilungsvertrag" anzubieten!?

Hanoi ist über das chinesische Vorgehen um so verärgert, als noch kurze Zeit vor dem 7. März alle Zeichen auf bestes wechselseitiges Einvernehmen gestanden hatten:

So hatte z.B. am 29. und 30.1.97 die 8. Sitzung des "Gemeinsamen vietnamesisch-chinesischen Tongking-Golf-Ausschusses" in Beijing getagt, der am 19.3.93 bereits Grundprinzipien für Abgrenzungsfragen im Golf von Tongking vereinbart hatte und auch seither ganz zur Zufriedenheit beider Seiten gearbeitet hatte (RH in SWB, 7.2.97). Auch anlässlich des Todes Deng Xiaopings kam es zu Besprechungen und Sympathiekundgebungen (XNA, 22.2.97).

Der chinesische Schritt vom 7. März und der sich anschließende Disput schienen jedoch alle bisher erzielten Ergebnisse wieder in Frage zu stellen.

Immerhin kamen beide Seiten mittlerweile dann überein, im Gespräch zu bleiben und auf Gewalt zu verzichten.

Zornig informierte die vietnamesische Seite auch die ASEAN-Regierungen, mit denen gemeinsam Hanoi seit 1996 im gleichen Boot sitzt und mit deren Sympathie es rechnen kann.

Antichinesische Gemeinsamkeiten der ASEAN wären für Beijing am Ende die vielleicht unangenehmste Folge des erneuten vietnamesisch-chinesischen Zusammenstoßes, zumal es noch Ende Februar zu zahlreichen Besprechungen zwischen den ASEAN-Regierungen und China im Rahmen des ARF (ASEAN Regional Forum) gekommen war. Bei dieser Tagung war Ende Februar vereinbart worden, daß künftig ein China-ASEAN-Informationszentrum aufgebaut und daß es zu einem dichteren Personalaustausch zwischen den ASEAN-Ländern und China kommen solle. -we-



(IHT, 21.3.97)

Existenzsicherung und Entwicklung, demokratische Rechte der Bürger, Menschenrechtsgarantien im Justizsystem, der Schutz von Arbeitnehmerrechten, das Recht der Bürger auf Bildung, die Rechte von Frauen und Kindern sowie der Schutz der Rechte ethnischer Minderheiten behandelt.

Wie in den zuvor veröffentlichten Weißbüchern werden insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte der letzten Jahre sowie Chinas Anstrengungen in der Armutsbekämpfung hervorgehoben. Darüber hinaus wird jedoch auch auf jüngere Rechts- und Justizreformen (Revision des Strafrechts, Anwaltsgesetz etc.) sowie auf eine Stärkung demokratischer Verfahren in Volkskongressen und Dorfwahlen hingewiesen, die zum Schutz bürgerlicher Rechte der Bevölkerung beitragen sollen.

Der Umfang dieses dritten Weißbuchs macht nur noch die Hälfte des entsprechenden Dokumentes von 1995 aus. Abschnitte über die Erforschung der Menschenrechte und über die Entwicklung internationaler Menschenrechtsaktivitäten, die in dem vorletzten Papier noch enthalten waren, sind in der neuen Version weggelassen worden. Im jüngsten Weißbuch findet sich erstmals keine ausführlichere Darstellung der Rechte auf Religionsausübung. Der defensive Grundton des Dokuments ist offenkundig. Nur in Nebenbemerkungen wird - ohne konkrete Hinweise - eingeräumt, daß es auch "nicht befriedigende" Zustände im Hinblick auf die Menschenrechtssituation in China gebe. (CNA, No. 1583, April 15, 1997) -hei-

*(5)

Politischer Wille zu durchgreifender Reform der Staatsindustrie erkennbar: Das Ende der "ummauerten Wirtschaft"?

Die politische Führung in Beijing hat offenbar intern einen Konsens über eine durchgreifende Reform des schwer angeschlagenen staatlichen Wirtschaftssektors hergestellt. Nach Erkenntnissen des *Asian Wall Street Journal*, das sich in seinem Bericht auf Aussagen namentlich genannter Spitzenfunktionäre und Wirtschaftsberater der Zentralregierung beruft, will die Führung um Jiang Zemin auf dem im Herbst anstehenden XV. Parteitag einen Durchbruch in der Schlüsselfrage notleidender Staatsunternehmen erzielen. (AWSJ, 7.4.1997) Die geplanten Reformmaßnahmen

Innenpolitik

*(4)

Das dritte Weißbuch der chinesischen Regierung zur Menschenrechtssituation

Nach der Veröffentlichung von Weißbüchern zur Menschenrechtssituation im November 1991 und im Dezember 1995 hat das Informationsamt der chinesischen Regierung nun ein drittes offizielles Dokument zu "Fortschritten in der Menschenrechtssituation" veröffentlicht (RMRB, 1.4.1997). In sieben Abschnitten werden das Recht des Volkes auf